

Haushaltsrede 2019 der CDU Ratsfraktion Detmold

Sperrfrist bis 19.12.2018 17:00 Uhr

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
der Verwaltung und der Bürgerschaft,

In diesem Jahr werde ich für die CDU Ratsfraktion auf Rücksicht aller hier Anwesenden nur auf die für uns wichtigsten Punkte eingehen.

Haushaltsplan und Gemeindefinanzierungsgesetz

Im Vorfeld will ich auf die Kritik unseres Kämmerers Herrn Hilker, eingehen, dass die „schwarz gelbe Landesregierung“ Detmold das Geld gekürzt hat.

Es ist richtig. Wir erhalten insgesamt 3,7 Mio. € weniger Gesamtzuweisungen (Allgemeine Zuweisungen Festsetzung 2019, minus 9,3 %). Im Budgetbuch für das Jahr 2019 erklärt uns die Verwaltung dies selber, auch mit der überdurchschnittlichen Entwicklung unserer Steuerkraft gegenüber anderen nordrheinwestfälischen Kommunen. Unsere Steuerkraft steigt in 2019 sogar um 10,6 Mio. € (plus 12,1%).

Aber - so weiter die Verwaltung - ist „ein nicht unerheblicher Teil der Anpassung den Berechnungsfaktoren“ geschuldet.

Diese Anpassung war die Folge des sogenannten „sofia-Gutachtens“, welches von der rot-grünen Vorgängerregierung in Auftrag gegeben wurde. Und dieses Gutachten war lediglich eine zwingende Reaktion auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, dem zwei Verfassungsbeschwerden zum GFG vorausgingen.

Ich erinnere daran, dass wir bereits im Jahr 2013 unter der alten Landesregierung unserer Finanzkraft wegen rund 6,5 Mio. € weniger Schlüsselzuweisungen bekommen hatten. Wir bemängelten seinerzeit, dass das Gesetz der rot-grünen Landesregierung eindeutig zu Lasten der ländlichen Region geht. Zumindest daran, dass die ländliche Region verliert, scheint sich nichts geändert zu haben.

Nun können wir noch untereinander diskutieren, wie gerecht die neuen Ansätze bei den Einwohnerzahlen, den Trägerschaften von Schulen, den Soziallasten, der Zentralitätsfunktion oder dem Verhältnis „Fläche zu Einwohnerzahl“ sind. Selbst wenn wir uns einig sind: Was sagen denn unsere Nachbarkommunen zu unserer Bewertung? Jeder hat da seine eigene Wahrheit. Fakt ist, dass die Landesregierung im Wege des Finanz- und Lastenausgleichs 12 Milliarden Euro für 2019 weitergibt - eine Steigerung von 3,1 % (265 Mio. €).

In diesem Paket sind u.a. eine erneute Erhöhung der Schul- und Bildungspauschale sowie eine neue „Aufwands- und Unterhaltungspauschale“ von 120 Mio. € enthalten, die unabhängig von der Finanzkraft eingesetzt werden können. Die Schul- und Bildungspauschale wird einmalig auf 50 Mio. € aufgestockt, und die Sportpauschale wird dynamisiert.

Investitionen und Infrastruktur

In unsere Schulen, den sozialen Wohnungsbau, den Straßen- und Kanalbau und in die öffentlich genutzten Immobilien investieren wir den größten Teil der im Haushalt veranschlagten 34 Mio. €. Das ist viel Geld und findet unsere Unterstützung.

Moderne Schulen und Kindergärten sowie intakte Straßen gehören neben der guten Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten, Ärztauswahl, Freizeiteinrichtungen, Vereinsleben und einem sauberen und sicheren Umfeld zu den wichtigen Standortfaktoren, die eine lebenswerte Stadt ausmachen. Nicht unterschlagen wollen wir hier natürlich, dass dazu ein anerkannter ÖPNV, aber ebenso gute Parkmöglichkeiten für Pkw und Fahrräder wichtig sind.

Neben den gerade genannten Investitionen in die Infrastruktur benötigen wir gute Rahmenbedingungen für unser Gewerbe. Denn ohne Gewerbesteuern - im Jahr 2019 immerhin mit 46 Mio. € eingeplant - sind unsere zukünftigen Investitionen und die aus den Anträgen der Parteien resultierenden Kosten nicht zu stemmen. Die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes wird nicht unmaßgeblich von den Steuerbelastungen für die Unternehmen geprägt. Kommunale Steuern spielen da eine wichtige Rolle. Neben der Gewerbesteuer belastet auch die Grundsteuer B die Betriebe.

Deshalb müssen wir uns weiter intensiv bemühen, attraktive Gewerbeflächen vorzuhalten.

Weiterhin müssen unsere Straßen den Anforderungen entsprechen. Im ländlichen Bereich, in dem auch wir leben, spielt der PKW eine wichtige Rolle. Sei es, dass der Arbeitnehmer morgens früh zur Arbeit fährt, weil der Busfahrplan die frühen Zeiten nicht abdeckt, sei es, dass die Gewerbebetriebe ihre in Detmold gefertigten Güter auf LKW beladen müssen, sei es, dass die Familie zum Shoppen oder zum Essengehen in die Innenstadt fährt: Es geht eben nicht alles mit Bus, Fahrrad oder Bahn. Die CDU unterstützt Verkehrskonzepte, welche die Mobilität effizient, umwelt- und sozialverträglich gestaltet. Sie müssen allerdings auch realistisch und für den Einzelnen bezahlbar sein. Die Innenstadt muss für den Handel, den Arzt- oder den Behördengang, für die Kultur und den Tourismus, und zu guter Letzt auch für Bewohner gut zu erreichen sein. Unser Eindruck ist, dass wir mehr und mehr den PKW- und LKW-Verkehr verteufeln, den Nutzen aber gerne annehmen.

Dem Lärmaktionsplan haben wir lediglich zugestimmt, weil wir möglichen Schadensklagen einzelner Bürger gegenüber der Stadt verhindern wollen. Zufrieden sind wir mit dem Ergebnis nicht. Es gibt jetzt schon erarbeitete Ergebnisse, die diese unsägliche Geschwindigkeitsbeschränkung zur Nachtzeit auf 30 km/h aus unserer Sicht abgemildert hätten. Wir werden am Ball bleiben, wenn sich der Verkehr auf andere ebenso

schützenswerte Straßen verlagert. Außerdem fordern wir, die im Lärmaktionsplan beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen der Verkehrslenkung umzusetzen.

Schule, KiTa, Ehrenamt

Es ist für uns unbestritten, dass gut ausgestattete Schulen und Kitas als auch ein lebendiges Ehrenamt mit zu den wichtigsten Faktoren für eine lebenswerte Stadt gehören.

Detmold ist da bereits gut aufgestellt. Der Anteil der vom Elternbeitrag befreiten Kinder in Kitas im Jahr 2017/2018 betrug rund 62 %. Von den Kindern, die die OGS besuchten, waren zum Stichtag 70 % beitragsfrei.

Durch bundes- und landesseitige Förderprogramme bringen wir unsere Schulen auf den neusten Stand. Das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz fördert eine Summe von rund 5,5 Mio. € bis 2020. Mit einem Eigenanteil von 2,8 Mio. € liegt das Gesamtvolumen dann bei 6,3 Mio. €. Damit können die notwendigen Maßnahmen an der Turnhalle der Bachschule, der Turnhalle in Remmighausen und am Stadtgymnasium, sowie die Schadstoffbeseitigung am Leopoldinum angegangen werden.

Die von der Landesregierung erhöhte Schul- und Bildungspauschale hält bis 2021 eine Summe von 8 Mio. € vor. Durch Fördermittel des „Integrierten Stadtentwicklungskonzepts“ können wir den alten Pavillon an der Weerthschule ersetzen und am Christian-Dietrich-Grabbe-Gymnasium den Schulhof neu gestalten.

Das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ steht weiter mit einer Fördersumme von 4,7 Mio. € für unsere Schulen zur Verfügung.

Das Bundesprogramm „Digitale Schule“ steht kurz davor beschlossen zu werden und muss nun im Vermittlungsausschuss ein **(hoffentlich)** gutes Ergebnis für die Kommunen erzielen.

Neben den umfangreichen Investitionen im Schulbereich werden auch die Kitas durch die Reform des KiBiz bedacht.

Der Hauptgrund für die zurzeit bestehende Unterfinanzierung dürfte die in 2008 festgelegte zu geringe Dynamisierung der Pauschale von nur 1,5 % sein. Nun scheint es zwischen der Landesregierung und den Kommunen zu einer Einigung des neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) gekommen zu sein. Weiter ist es wichtig, dass 440 Mio. € für NRW aus den Bundesmitteln des „Gute-KiTa“-Gesetzes noch obendrauf kommen. Damit können wir die Qualität in den Kitas verbessern.

Das Ehrenamt spielt eine wichtige Rolle in Detmold. Der Vielfältigkeit des Ehrenamts sind keine Grenzen gesetzt. Ehrenamtliche Menschen sind in jeglicher Form für andere Menschen da, auch wo Not am Mann oder an der Frau oder der Familie ist. Sie übernehmen freiwillig Aufgaben und erledigen Arbeiten zugunsten ihrer Mitmenschen. Das Spektrum der ehrenamtlichen Arbeit ist weit gefächert. Das wissen wir, und das unterstützen wir. Wir dürfen sie auch nicht überfordern. Ehrenamt muss Spaß machen und wir alle,

Kommunalpolitiker und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, müssen ein verlässlicher Partner der „Ehrenamtlichen“ sein.

Geflüchtete Menschen

Aufgrund der besonderen Belastung der Kommunen wird die Landesregierung die rund 433 Mio. €, die vom Bund für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen gezahlt worden sind, erstmals in voller Höhe an die Kommunen durchleiten. Das sind 333 Mio. € mehr als zuvor. Bei gleichen Verteilungskriterien wie bisher würden das für Detmold rund 1,2 Mio. € Mehreinnahmen bedeuten, die bisher nicht im Haushalt eingeplant sind.

Haushaltsanträge für 2019

In den guten Haushaltjahren gibt es auch Begehrlichkeiten. Es gibt gute Anträge und es gibt weniger gute Anträge. Das liegt immer am Blickwinkel jedes Einzelnen.

Mit zwei Anträgen, bei dem einer nicht einmal haushaltsrelevant ist, waren wir zurückhaltend. Wir halten es wie in jedem Jahr für immens wichtig, unsere Schulden, insbesondere unsere Kassenkredite, abzubauen.

Zwei Anträgen, einem der FDP (Senkung der Grundsteuer) und einem der SPD (Reduzierung der Elternbeiträge im KiTa Bereich) stimmen wir zu. Beide schmälern zwar das Haushaltergebnis, allerdings sind wir uns aber sicher, dass diese Beschlüsse den Wohnstandort Detmold ein wenig attraktiver machen und die Bürger, die zum Teil auch Gewerbesteuerzahler sind, es anerkennen, dass wir zumindest kleine finanzielle Freiräume zurückgeben.

Wir haben uns entschieden, die Anträge, die jeden Bürger, Gewerbesteuerzahler und Familien mit Kindern finanziell entlasten, zu unterstützen. Das macht für 2019 eine Gesamtsumme von 335.000,- € aus. Bei einem Gesamtvolumen von 233.646.227 Mio. € in Detmold verkraftbar.

Wir unterstützen den Antrag der FDP zur moderaten Senkung der Grundsteuer. Es ist bei den zu erwartenden positiven Ergebnissen in 2018 und dann in Folge 2019 nur konsequent. In schwierigen Zeiten belasteten wir den Bürger, daher sollte es in die andere Richtung ebenso funktionieren. Herr Hilker hat uns die Verteilung der 269.000,- € exemplarisch zur Verfügung gestellt. Und bestimmt ist das nicht der große Wurf für Mieter von Wohnungen oder Eigentümer von Einfamilienhäusern. Dennoch ist es unserer Meinung nach ein wichtiges Zeichen für den Bürger. Im Übrigen profitiert jeder von dieser Senkung. Wir bedienen damit nicht bestimmte Gruppen, sondern alle, selbst die Gewerbesteuerzahler.

Zusätzlich zu den Detmolder Reduzierungen hat der Bund erneut das Kindergeld erhöht. Auch wir sehen, dass junge Eltern aufgrund ihrer Familienpflichten finanziell nicht so leistungsfähig sind wie kinderlose Menschen. Das wird nun schon bei der Bemessung der

Einkommensteuer, vor allem beim Kinderfreibetrag und Kindergeld, berücksichtigt. Mit dem Familienentlastungsgesetz geht die Bundesregierung über das „verfassungsrechtlich Notwendige“ deutlich hinaus und leistet einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Stärkung von Familien. Ab dem 1. Juli 2019 steigt das Kindergeld in der ersten Stufe um zehn Euro monatlich. Die Erhöhung erfolgt automatisch und unabhängig vom Einkommen der Eltern. Für das erste und zweite Kind gibt es dann 204,- €, für das dritte 210,- € und für jedes weitere Kind 235,- € (pro Monat).

Das ist für uns machbar und nachvollziehbar. Aber Kinder, deren Eltern Hartz IV beziehen, haben weder etwas von dem Paket der Bundesregierung, noch vom SPD Antrag. Das erhöhte Kindergeld wird voll auf den Regelsatz angerechnet, und von den KiTa Gebühren sind sie bei uns in Detmold ausgenommen.

Deshalb muss unser Antrag zur „Kinderarmutsprävention“ aus dem vergangenen Jahr weiterverfolgt werden, wenn wir es mit der Chancengleichheit aller Kinder ernst nehmen.

Wir als CDU-Ratsfraktion beantragen, dass die Verwaltung prüft, ob eine „Einbahnstraßenregelung“ auf dem inneren Ring (Paulinenstraße, Hornsche Straße, Leopoldstraße, Behringstraße, Wotanstraße) insgesamt eine Entlastung der Hauptverkehrsachse nach sich zieht. Für diese Prüfung wird eine entsprechende Summe eingestellt, die es zum Ziel hat, eine Machbarkeitsstudie zu entwickeln. Hier gilt es, mögliche Alternativen aufzuzeigen. Ob eine Einbahnstraßenregelung dem Problem gerecht wird, wird sich dann zeigen.

Nicht nur Bürger aus Spork-Eichholz und Remmighausen fordern eine Verbesserung des Verkehrsflusses auf dem Detmolder Innenstadtring. Die anderen Ortsteile und Dörfer leiden unter demselben Problem. Und auch die IHK hat Mitte 2016 ihre Detmolder Unternehmen zum Thema Lärmaktionsplan befragt. Bei dieser Untersuchung gaben 80 %, insgesamt 231 Betriebe, an, gegen permanente „Tempo - 30 Zonen“ im Stadtgebiet zu sein. Ein Drittel der Befragten pendelt zwischen Detmold und anderen lippischen Kommunen, und 48 % bewegen sich innerhalb der Stadt. Die Mehrheit, nämlich 71 %, nutzen den PKW. In ihrem Ergebnis stellte die IHK heraus, eher auf „Verkehrsfluss-fördernde Maßnahmen“ zu setzen, anstatt pauschal Tempolimits zu erlassen.

Die Bürger und die Gewerbetreibenden sehen starken Handlungsbedarf. Wir hatten unseren heutigen Antrag bereits 2009 zur Diskussion gestellt, aber nicht als Antrag formuliert. Letztendlich muss das Untersuchungsergebnis zeigen, welche verkehrslenkenden Maßnahmen machbar sind, und ob sie auch in einer akzeptablen „Kosten-Nutzen-Relation“ stehen.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich mich bei allen Mitarbeitern herzlich bedanken, die uns immer wieder neue Vorlagen geschickt haben, damit wir am Ende des Tages, nämlich heute, über den Haushalt abstimmen können. Ich denke, das war weder für Sie noch für uns ganz einfach.

Und ein weiteres „Dankeschön“ geht an diejenigen, die an die „Diagonalquerung“ in Heidenoldendorf geglaubt, und diese dann auch gegen alle Unkenrufe realisiert haben - und dies sogar noch vier Wochen vor der Zeit.

Ich kann Ihnen sagen: Bei mir war noch keiner und hat gemeckert. Das kann man in Lippe schon als echtes Lob werten.

Wir stimmen der Haushaltssatzung 2019 zu.

Jörg Thelaner

Fraktionsvorsitzender CDU